

Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt Haupt- und Personalamt	Nr. 167/2022
---	------------------------

Betreff:

Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2023: Erläuterungen zum Stellenplan

Beratungsfolge	Termin
Finanzausschuss Berichterstattung: Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	29.11.2022
Kreisausschuss Berichterstattung: Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	02.12.2022
Kreistag Berichterstattung: Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	09.12.2022

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis

Erläuterungen:

Die Verwaltung schlägt dem Kreistag zum Stellenplan 2023 eine Ausweitung der Planstellen um **41** Stellen auf insgesamt **1073,5** Planstellen vor. Die Stellenzahl von 41 setzt sich aus einer Ausweitung von 44,5 Stellen bei gleichzeitiger Einsparung von 3,5 Stellen zusammen. Für lediglich 14 Stellen erfolgt weder eine (teilweise) Refinanzierung noch entfällt eine Kostenerstattung an Dritte.

Die Vorlage dient dazu, dem Wunsch der Politik nachzukommen, die Stellenplanerweiterung transparent darzustellen:

- I. Auch das Jahr 2022 war und ist vor allem durch die Coronakrise geprägt. Hat man im Jahr 2021 vielleicht noch gedacht, man könne die Coronakrise im Jahr 2022 hinter sich lassen, so war dies ein Trugschluss. Auch in diesem Herbst ist damit zu rechnen, dass der Kreis wieder vor großen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Coronakrise steht. Zusätzliche Stellen, die über den „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ finanziert werden, sind dafür im Stellenplan 2022 eingerichtet worden und auch in diesem Stellenplanentwurf hinterlegt. Allerdings können diese aufgrund des Fachkräftemangels nur sukzessive besetzt werden.

Mit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine gilt es nun, eine weitere Krise zu bewältigen. So ist beispielsweise die Registrierung der Flüchtlinge in der Ausländerbehörde ein erheblicher personeller Mehraufwand. Voraussehbar war dieser im Jahr 2021 noch nicht.

Im Hinblick auf die zu bewältigenden Krisen kann festgehalten werden, dass nur durch eine vorausschauende Personalplanung und die Einstellung motivierter und qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlicher damit zusammenhängender Arbeitsaufwand aufgefangen werden kann. Die Bewältigung der Krisen in der Praxis erfolgt in den Kommunen. Im unmittelbaren Zusammenhang mit den Krisen stehen allein schon 6,5 Stellen im neuen Stellenplan zu Buche.

Neben der Krisenbewältigung und der damit einhergehenden Mehrbelastung in einzelnen Arbeitsbereichen muss darüber hinaus auch das Tagesgeschäft erfolgreich betrieben werden. Die Anforderungen und der Aufwand sind in vielen Bereichen gestiegen. Die Bürgerinnen und Bürger haben aber einen Anspruch darauf, dass ihre Anliegen zügig und vor allem rechtskonform bearbeitet werden.

Die neuen Anforderungen und der Arbeitsaufwand hängen auch - wenn auch nicht nur - mit immer mehr neuen Gesetzen und Verordnungen zusammen. Neue Gesetze und Verordnungen werden nicht durch den Gesetzes- und/oder Ordnungsgeber umgesetzt, sondern durch die Kommunen vor Ort. Ein angekündigter Bürokratieabbau ist bislang nicht erkennbar, vielmehr wird weitere Verantwortung dem Staat übertragen. In der Coronakrise war exemplarisch zu sehen, wie schnell sich vor allem Verordnungen ändern können und wie komplex deren Umsetzung ist. Allein 11 Stellen kann man unmittelbar mit Gesetzes- und/oder Ordnungsänderung oder mit der Änderung von Rechtsprechung begründen. Viele weitere Stellen sind mittelbar auf Regelungsänderungen zurückzuführen (siehe hierzu II.).

Um den zusätzlichen Personalbedarf decken zu können, ist es wichtig, als Arbeitgeber attraktiv zu sein, denn der Wettbewerb unter den Kommunen um kluge Köpfe ist enorm und die Krisen treffen alle Kommunen gleichermaßen. Nur durch Attraktivität lassen sich daher ausreichend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Kreis Warendorf gewinnen. Der Kreis ist für diesen Wettbewerb gut gewappnet und wurde erneut als attraktiv und familienfreundlich ausgezeichnet.

Trotz des beschriebenen Mehraufwands in den Dezernaten ist es der Kreisverwaltung wichtig, einen Stellenaufbau nur dort zu forcieren, wo er auch wirklich erforderlich und vor allem nachhaltig ist. Zusätzliche Stellen werden daher immer auf die organisatorische Notwendigkeit und auf Refinanzierungsmöglichkeiten hin überprüft. Daher ist die Ausweitung des Stellenplans 2023 wieder vor allem durch refinanzierte Stellen geprägt.

In einigen Bereichen sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits ohne Planstelle tätig, weil dort das Arbeitsaufkommen gestiegen ist und eine Verstärkung aus oben genannten Gründen notwendig war. Der Kreis will diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sukzessive auf Planstellen überführen, da die Verstärkung tatsächlich dauerhaft notwendig ist. Insgesamt sieht der Plan vor, dass 17 Planstellen geschaffen werden, um diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Planstelle zuweisen zu können.

Für das kommende Jahr 2023 weist der Stellenplan **41 Stellen** zusätzlich aus. Darin enthalten sind schon die Einsparungen von **3,5 Stellen**. Insgesamt sind **30,5 Stellen** refinanziert oder teilweise refinanziert bzw. bei einer Stelle entfällt die Kostenerstattung an Dritte. Das sind rund **70%** der Stellen. Abzüglich der nicht refinanzierten Einsparung von 1,5 Stellen, die gegengerechnet werden kann, sind **12,5 Stellen** weder refinanziert noch teilweise refinanziert.

Im Sozialamt wurde für die Pflege- und Wohnberatung im Stellenplan 2022 eine **1,0** Stellenausweitung beschlossen. Diese ist nunmehr entbehrlich, weil der Vertrag mit dem Verein „Alter und Soziales“ nun doch verlängert wurde und somit der Kreis diese Leistung nicht selbst erbringt. Es erfolgt eine Kostenerstattung durch den Kreis. Im gleichen Arbeitsbereich konnte eine **0,5** Stelle eingespart werden, da sich dort eine Stundenreduzierung ergeben hat.

Durch die Zusammenlegung des „Amtes für Bildung, Kultur und Sport“ und des „Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien“ kann zudem eine Amtsleitung eingespart werden. Diese Einsparung wird im Gegenzug aber für die Neuorganisation des Amtes benötigt.

Eine **1,0** Stelle kann im Gesundheitsamt in der Beratungsstelle im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst durch die teilweise Verlagerung der Aufgaben zum LWL eingespart werden. Die bisherigen Erstattungen durch den LWL fallen damit weg.

Aufgrund des hohen Refinanzierungsanteils und des Einziehens von 17 Planstellen für bislang zur Verstärkung benötigten Personals, sind die zusätzlichen Personalkosten für den Stellenplan 2023 insgesamt überschaubar.

II. Die Ausweitung im Stellenplan lässt sich im Einzelnen wie folgt begründen:

1. Das **Dezernat I** wird mit insgesamt 5,5 Stellen gestärkt. Von den insgesamt 5,5 Stellen sind 3 Stellen refinanziert bzw. teilweise refinanziert. Die Stellenausweitungen sind im **Amt für Informationstechnik und Digitalisierung** (2,0, davon 1,0 vollständig refinanziert), im **Amt für Hochbau und Immobilienmanagement** (1,0 vollständig refinanziert) und in der **Kämmerei** (2,5, davon 1,0 teilweise refinanziert)

Der Arbeitsumfang im **Amt für Informationstechnik und Digitalisierung** ist erheblich angestiegen. Die fortschreitende Digitalisierung führt nicht nur im „operativen“ Bereich zu Mehraufwand, sondern auch im „administrativen“ Bereich. Zusätzlicher Aufwand besteht vor allem bei komplexen Vergaben und bei der Betreuung einer steigenden Zahl an Förderprogrammen. Zur Unterstützung wird in diesem Bereich bereits eine Mitarbeiterin eingesetzt. Die Stelle soll jetzt in den Stellenplan eingezogen werden.

Eine weitere Stelle soll den IT-Bereich des Gesundheitsamtes stärken. Ein digitales Gesundheitsamt kann Pandemien wesentlich effizienter managen. Die Stelle wird durch den „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ gefördert. Im Stellenplan wird die Stelle im Amt für Informationstechnik und Digitalisierung aufgeführt. Haushalterisch wird sie aus förderrechtlichen Gründen im Produkt des Gesundheitsamtes veranschlagt.

Im **Amt für Hochbau und Immobilienmanagement** soll eine vollständig refinanzierte Ingenieursstelle eingerichtet werden. Die Stelle betrifft den Bereich der technischen Gebäudeausrüstung. Die aktuelle Gaskrise zeigt, dass die Gebäudeausrüstung auf dem Stand der aktuellen Technik sein muss. Die Stelle soll daher vor allem dazu beitragen, dass neu installierte Techniken stetig überprüft und auch Daten erhoben und ausgewertet werden können, um eine hohe energetische Effizienz zu erreichen. Ein Controlling wird so gewährleistet und auf aktuelle Veränderungen entsprechend reagiert. Bislang wird diese Kontrollaufgabe an externe Ingenieure vergeben. Die Kosten hierfür werden zukünftig eingespart.

Der Bereich der Wohnbauförderung in der **Kämmerei** bewilligt die Wohnraumfördermittel des Landes NRW. Diese Aufgabe erfährt vor dem Hintergrund des mangelnden bezahlbaren Wohnraums eine immer größere Bedeutung. In den letzten Jahren sind daher auch die Anträge auf Wohnraumfördermittel erheblich angestiegen. Wurden im Jahr 2021 noch Fördermittel für den Bau bzw. für die Modernisierung von 39 Wohneinheiten bewilligt, so liegen bereits in 2022 Förderanträge für insgesamt 100 Wohneinheiten vor. Dieser Anstieg korreliert mit einem gesteigerten, vorgeschalteten Beratungsbedarf für potentielle Antragsstellerinnen und Antragssteller (2020: 60 Beratungen, 2022: Prognose 130 Beratungen). Aufgrund der weiterhin angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt ist auch weiterhin mit hohen Fallzahlen z.B. bei der Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen zu rechnen. In 2021 wurden insgesamt 222 Anträge auf Wohnberechtigungsscheine bearbeitet. In 2022 wird hochgerechnet mit 400 Anträgen zur Bearbeitung gerechnet. Daher soll eine zusätzliche 0,5 Stelle in dem Bereich eingerichtet werden. Eine Unterstützungskraft ist ohne Planstelle bereits jetzt im Einsatz.

Im Bereich der Finanzwirtschaft steigt der Arbeitsumfang kontinuierlich an. Eine 1,0 Stelle wird erforderlich. Zusätzlicher finanzwirtschaftlicher Aufwand im Rahmen der Coronapandemie, aber auch die Zunahme an Förderprogrammen rechtfertigen die Stelle. Neben der Abwicklung der Mittel ist ein verstärktes Fördercontrolling gefragt. Auch die Einführung der Umsatzsteuerpflicht für Kommunen zum 1.1.2023 verursacht

erheblichen Mehraufwand.

Durch die Zunahme an Ordnungswidrigkeiten bedingt durch zusätzliche Geschwindigkeitsüberwachungen (siehe II.2. Straßenverkehr) steigt automatisch auch die Zunahme an Vollstreckungen gegenüber Temposündern. Eine zusätzliche Stelle ist daher im Bereich Finanzbuchhaltung/Vollstreckung nötig, die aber in Teilen durch die Bußgelder refinanziert ist.

2. Im **Dezernat II** ist die Ausweitung von **11 Stellen** geplant. 2 dieser Stellen sind teilweise refinanziert, 3,5 Stellen davon sind voll refinanziert. In der **Kreispolizeibehörde** soll eine 0,5 Stelle eingerichtet werden. Eine 1,0 Stelle ist für das **Haupt- und Personalamt** vorgesehen. Im **Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung** sollen insgesamt 9,5 Stellen eingerichtet werden.

Im **Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr** ist eine Ausweitung um insgesamt 9,5 Stellen vorgesehen.

Im Bereich der Ausländerbehörde sollen 2,5 Stellen eingezogen werden aufgrund der Zunahme an Asylanträgen. Zurzeit sind dort bereits 2 Unterstützungskräfte im Bereich der Aufnahme biometrischer Daten und eine 0,5 Kraft zur Unterstützung in der Sachbearbeitung tätig. In den letzten 4 Jahren haben über 5.500 ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger im Kreis ihren Wohnsitz genommen. Es ist davon auszugehen, dass der Anstieg von Asylanträgen auch aufgrund der Ukraine Krise weiter anhalten wird. Der Drang nach einem möglichst unbefristeten Aufenthalt führt ebenfalls zur verstärkten Antragsstellung. Die Fälle pro Sachbearbeiter sind von 1500 (2017) auf 1700 (2021) gestiegen.

In der Leitstelle soll eine Ausweitung um 2 teilweise refinanzierte Stellen erfolgen. Der Ausbildungsbedarf hat sich in diesem Bereich aufgrund des technischen Fortschritts erheblich erhöht, so dass eine Stelle für die Praxisanleitung benötigt wird. Diese Stelle wird außerdem für die rettungsdienstliche Qualifizierung der Disponentinnen und Disponenten nach Erlasslage benötigt. Zudem reichen die Zeiteinheiten für die Systemadministration nicht mehr aus. Dies hängt auch mit dem durch Erlass geforderten Aufbau eines Qualitätsmanagements im Rettungsdienst zusammen.

2,5 vollständig refinanzierte Stellen sollen im Rettungsdienst eingezogen werden. 1,5 Stellen davon müssen aufgrund aktueller Rechtsprechung eingerichtet werden, da zukünftig die Umkleidezeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitszeit gutgeschrieben werden muss. Zudem bedarf es einer 0,5 Stelle im Abrechnungswesen mit den Krankenkassen, da die Anzahl an Krankentransporte um 27% seit 2016 gestiegen ist. Hier ist bereits eine Mitarbeiterin zur Unterstützung tätig. Eine weitere 0,5 Stelle ist für die Praxisanleitung vorgesehen. Der Ausbildungsaufwand ist auch hier gestiegen, da zum einen nun jährlich 6 statt 4 Notfallsanitäter ausgebildet werden und zum anderen durch die Änderung der Prüfungsverordnung nunmehr auch für die Rettungssanitäter die Praxisanleitung verpflichtend geworden ist.

Eine zusätzliche Stelle soll der Bereich Gefahrenabwehr erhalten. In Anbetracht der Krisen ist eine Verstärkung im Bereich des Katastrophenschutzes unerlässlich. Zur Unterstützung ist bereits ein Mitarbeiter dort tätig.

1,5 Stellen sollen im Bereich Straßenverkehr eingerichtet werden. 0,5 davon im Aufgabengebiet der Verkehrssicherung/Verkehrslenkung. Der Mehraufwand kann vor allem mit den gesteigerten Antragszahlen im Bereich Arbeitsstellensicherungen begründet werden. Diese haben sich von 824 (2019) auf 1592 (2021) in 2 Jahren fast verdoppelt. Durch neue Regelungen ist zudem sowohl bei der Arbeitsstellensicherung als auch bei den Genehmigungen der Schwertransporte ein erhöhter Prüfaufwand zu verzeichnen. Eine Mehrbelastung ist ebenfalls bei den Genehmigungen im

Veranstaltungsbereich festzustellen, da die coronabedingt ausgefallenen Veranstaltungen nachgeholt werden. Die bereits vorhandene Unterstützungskraft soll mit dieser 0,5 Planstelle versehen werden.

Aufgrund der Beschaffung eines zusätzlichen Messfahrzeugs ist zudem die Schaffung einer 1,0 vollständig refinanzierten Stelle zur Geschwindigkeitsüberwachung erforderlich. Wie erläutert steigen hierdurch auch die Vollstreckungsfälle im Dezernat I.

Im **Haupt- und Personalamt** soll eine zusätzliche 1,0 Stelle eingerichtet werden. Diese soll im Bereich Organisation dabei unterstützen, die Digitalisierungsprojekte zügig durchzuführen. Der organisatorische Aufwand ist bei der Projektbetreuung sehr hoch. Um aber möglichst schnell in allen Ämtern die E-Akte einzuführen, ist eine zusätzliche Stelle erforderlich.

Bei der **Kreispolizeibehörde** soll eine 0,5 Stelle im Bereich Verwaltung geschaffen werden. Der Stellenbedarf beruht auf der Zunahme der Anzahl der durchzuführenden Vergabeverfahren von rund fünf Ausschreibungsverfahren in den Jahren 2019/2020 auf zehn Ausschreibungsverfahren im Jahr 2021. Ebenso nehmen die Beschaffungen mehr Arbeitszeit in Anspruch. So stieg die Anzahl der jährlich durchgeführten Angebots- bzw. Preisabfragen und Beschaffungen von rd. 200 in den Jahren 2019/2020 auf rd. 350 im Jahr 2021. Die Änderungen im Gesetz über die Organisation und die Zuständigkeit der Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen und die damit zusammenhängende Verlagerung der Fachaufsicht auf die Landesoberbehörden führen zudem zu gesteigerten Anforderungen im Liegenschaftsmanagement. Die bereits eingesetzte Kraft zur Unterstützung soll daher eine 0,5 Planstelle erhalten.

3. Im **Dezernat III** wird mit einem Stellenmehrbedarf von insgesamt 25,5 Stellen, davon 20 zumindest teilweise refinanziert, gerechnet. Die Einrichtung der Stellen soll im **Amt für Jugend und Bildung** (16, davon 5,5 teilweise refinanziert und 7,0 vollständig refinanziert), im **Sozialamt** (2,0 vollständig refinanziert), im **Gesundheitsamt** (5,0, davon 3,0 vollständig refinanziert) **und im Jobcenter** (2,5 teilweise refinanziert) erfolgen.

Das **Amt für Jugend und Bildung** soll in den Bereichen Schulverwaltung, Kultur und Sport und Kommunales Integrationszentrum mit insgesamt 7 Stellen gestärkt werden. Eine 0,5 Stelle soll in der Schulaufsicht eingesetzt werden, da die Anträge für sonderpädagogischen Förderbedarf zugenommen haben. Die Antragszahlen sind für das Schuljahr 2019/2020 von 554 Anträgen auf 581 für das Schuljahr 2020/2021 angestiegen. Es ist zu erwarten, dass der Anstieg dieser Verfahren durch die neue Flüchtlingszuwanderung anhalten wird. Zudem wird die Bescheidung der Anträge aufgrund vorgeschriebenen höheren Prüfaufwands durch den Gesetzgeber aufwendiger. Eine bereits vorhandene Verstärkung soll daher mit einer 0,5 Planstelle versehen werden. Für das Team Schulverwaltung/Haushalt ist ebenfalls eine 0,5 Stelle eingeplant. Auch hier soll die dort bereits vorhandene Verstärkung verstetigt werden. Aufgrund von Großprojekten sind unter anderem die Vergaben seit 2019 von 19 auf 30 in 2021 gestiegen. Zudem stellt die Umsetzung des „Offenen Ganztags“ und des „Digitalpaktes“ eine Mehrbelastung dar.

Eine 1,0 Stelle soll den Kulturbereich stärken. Aufgrund der Neustrukturierung des Amtes wurde ein entsprechendes Team „Kulturelle Angelegenheiten“ eingerichtet. Die eingesparte Stelle (s.o.) der Amtsleitung soll für diese Stelle verwendet werden. Im Bereich des Kommunalen Integrationszentrums ist eine Ausweitung von 5,0 teilweise refinanzierten Stellen geplant. Einige der dort vorhandenen Kräfte sollen eine Planstelle erhalten, weil eine dauerhafte Förderung des Projektes Kommunales

Integrationsmanagement zu erwarten ist.

Neben diesen 7 Stellen im Bereich Schulverwaltung, Kultur und Sport sollen weitere 9 Stellen im Amt für Jugend und Bildung eingerichtet werden:

In den Bereichen Soziale Prävention/Frühe Hilfen (2,0), Sozialer Dienst/Pflegekinderdienst (3,0), Tagesbetreuung für Kinder (1,0) und Wirtschaftliche Hilfen/UVG/Controlling/Beistandschaften (0,5) soll es zu einer Stellenmehrung von insgesamt 6,5 Stellen kommen. Diese sind vollständig refinanziert und werden vor dem Hintergrund des Kinderschutzes eingerichtet. Der Landesgesetzgeber hat nach den Fällen in Lügde und Münster mit dem neuen Landeskinderschutzgesetz den Fokus verstärkt auf fachliche Mindeststandards, regelmäßige Qualitätsentwicklung und bessere Vernetzung gelegt. Der Kinderschutz wird dadurch im Landesrecht umfassend verankert. Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden und zum Schutz der Kinder wird die Schaffung neuer Stellen in den genannten Bereichen erforderlich. Eine externe Organisationsuntersuchung wird den Prozess der Umsetzung des Gesetzes begleiten.

Neben diesen insgesamt 6,5 Stellen aufgrund des Kinderschutzes sollen weitere 2,5 Stellen geschaffen werden.

Eine weitere 0,5 vollständig refinanzierte Stelle soll im Bereich Wirtschaftliche Hilfen/UVG/Controlling/Beistandschaften eingerichtet werden. Hier sitzt bereits eine Verwaltungskraft, die eine Planstelle erhalten soll. Der Bearbeitungsbedarf von Angelegenheiten unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ist nach wie vor hoch.

Im Bereich Tagesbetreuung für Kinder wird durch die Ausweitung der Betreuungszeiten in der „Kita-Kreishäuschen“ eine weitere teilweise refinanzierte 0,5 Planstelle nötig.

Durch erhöhte Anforderungen in der Kindertagespflege soll zudem in der Verwaltung dieses Bereichs eine vorhandene 0,5 Kraft mit einer Planstelle versehen werden. Die Ausweitung kann dadurch begründet werden, dass die Gesamtzahl der neuen Tageseinrichtungen sich durch den in den letzten Jahren erfolgten Kitausbau kontinuierlich erhöht hat. Seit dem Kita-Jahr 2019/20 ist die Anzahl von 94 auf 102 Einrichtungen zum Kita-Jahr 2022/23 angestiegen. Im kommenden Kita-Jahr werden weitere Einrichtungen hinzukommen. Ebenso beinhaltet das neue Kinderbildungsgesetz aus 2020 eine Vielzahl an neuen Aufgaben.

Das neue Vormundschaftsrecht führt zur Ausweitung von Beratungsleistungen gegenüber dem Mündel und den Angehörigen. Zudem sind Auskunfts- und Berichtspflichten an die Gerichte erweitert worden. Aufgrund dessen ist die Einrichtung einer 1,0 Stelle im Bereich Vormundschaften (1,0) nötig.

Im **Gesundheitsamt** soll eine Ausweitung um insgesamt 5,0 Stellen erfolgen. 3 der Stellen sind durch den „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ veranlasst und stärken die Bereiche des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, der Verwaltung und des Infektionsschutzes. Eine vollständige Refinanzierung durch Bund und Land soll erfolgen. Mit diesen zusätzlichen Stellen wird das Gesundheitsamt fit für die Zukunft gemacht. Neben der zentralen Pandemiebekämpfung, zu der auch die angesprochene IT-Unterstützungsstelle gehört und die im Amt für Informationstechnik und Digitalisierung stellenplanmäßig angelegt ist, sollen auch weitere Bereiche im Gesundheitsamt, wie z.B. der Verwaltungsbereich, gestärkt werden. Aufgrund von amtsinternen

Umstrukturierungen werden zukünftig im Bereich der Verwaltung die Verwaltungsverfahren zentral bearbeitet. Eine neue Trinkwasserverordnung wird dabei zu Mehraufwand führen. Dieser entsteht vor allem durch zusätzliche Datenanalyse, aber nicht durch zusätzliche Kontrollen.

2,0 Stellen sind für die Betreuungsstelle im Sozialpsychiatrischen Dienst notwendig. Hier ergibt sich durch das neue Betreuungsrecht ein Mehrbedarf. Die verpflichtenden Beratungsleistungen der Behörden für die Betreuten und für die ehrenamtlichen Betreuer werden durch das Gesetz erheblich ausgeweitet. Ebenso soll die Zusammenarbeit mit den Gerichten gestärkt werden. Der Mehraufwand ist vergleichbar mit dem zusätzlichen Aufwand aus den Änderungen des Vormundschaftsrechts.

Im **Sozialamt** sollen im Bereich der Schwerbehindertenangelegenheiten und im Bereich der Schuldnerberatung insgesamt 2,0 Stellen geschaffen werden. Die Ausweitung im Schwerbehindertenbereich um 1,5 Stellen ergibt sich dadurch, dass dort bislang vom Land gestelltes Personal tätig ist. Der Kreis stellt zukünftig das Personal und erhält eine vollständige Refinanzierung.

Bei der Schuldnerberatung wird es zu einem Anstieg der Beratungsfälle kommen, da sich die Förderrichtlinie für die Verbraucherinsolvenzberatung geändert hat. Zukünftig werden alle Ratsuchenden unabhängig von ihrem Einkommen und Wohnort beraten. Eine 0,5 vollständig refinanzierte Stelle soll eingeplant werden.

Das **Jobcenter** benötigt insgesamt 2,5 teilweise refinanzierte Stellen. Aufgrund der Umstellung des Jobcenters auf die E-Akte ist im Bereich Verwaltung eine 0,5 Stelle erforderlich, damit die fachliche Betreuung der Umstellung und die Betreuung der Software gewährleistet ist.

In der Widerspruchsstelle im Bereich Verwaltung ist darüber hinaus die Einrichtung zweier Stellen erforderlich. Aufgrund steigender Fallzahlen von Widersprüchen und Klagen sollen die dort zur Unterstützung eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Planstellen erhalten. Die Notwendigkeit dieser Stellen wurde aktuell durch eine Organisationsuntersuchung festgestellt. Die Bearbeitungszeit der Widersprüche ist zuletzt aufgrund der Ukraine Krise und der dadurch verursachten Aufgabenverlagerung wieder leicht gestiegen. Die Maßnahme dient daher auch der Verhinderung von Untätigkeitsklagen. Das Bürgergeld hat nach jetziger Einschätzung keine Auswirkungen auf die neuen Stellen, weil sich die Widersprüche insbesondere gegen Berechnungen im Bereich der Kosten der Unterkunft richten und selten gegen Sanktionsmaßnahmen. Zudem sieht der aktuelle Regierungsentwurf auch weiterhin Sanktionen vor. Ob in Zukunft die Anzahl der Widersprüche zurückgeht wird seitens der Verwaltung beobachtet.

4. Im **Dezernat IV** ist eine Stellenausweitung von **2,5 Stellen** geplant. Eine 1,0 vollständig refinanzierte Stelle soll im **Amt für Planung und Naturschutz** eingerichtet werden. 1,5 Stellen werden im **Amt für Umweltschutz und Straßenbau** erforderlich und sollen in den Stellenplan aufgenommen werden. Eine 1,0 Stelle ist davon vollständig refinanziert.

Mit der Auflösung bzw. Umstrukturierung des ZVM-Bus wurde vereinbart, dass der Kreis diese Aufgaben nunmehr für die Zweckverbandsmitglieder übernimmt. Die für diesen Bereich bisher tätige Person wird daher zukünftig beim Kreis beschäftigt und im **Amt für Planung und Naturschutz** tätig sein. Durch geringere Zahlungen an den ZVM ist diese Stelle vollständig refinanziert.

Für den Bereich Klimaschutz soll eine 0,5 Stelle im **Amt für Umweltschutz und**

Straßenbau eingerichtet werden. Starkregenereignisse, Wirbelstürme, Hochwasser und Hitzeperioden - Wetterextreme treten als Folgen des Klimawandels immer häufiger auf und verursachen oft wirtschaftliche und persönliche Schäden. Diesen Gefahren gilt es vorzubeugen. Diese 0,5 Stelle soll der bereits vorhandenen 0,5 Stelle helfen, den Kreis bei der Anpassung an das sich ändernde Klima zukunftssicher zu machen und Maßnahmen zur Reduzierung der Erderwärmung vorantreiben.

Ebenso soll in diesem Amt eine vollständig refinanzierte Stelle im Bereich Wasserwirtschaft/Gewässer geschaffen werden. Insbesondere die hohen Antragszahlen aufgrund des fortschreitenden Breitbandausbaus und die steigende Anzahl von wasserrechtlichen Anträgen im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Gewässerkreuzungen und der Geothermienutzung machen diese Stelle erforderlich.

III. Eine Zusammenfassung ergibt sich aus dem nachfolgenden Säulendiagramm:

Stellenausweitung insgesamt: 44,5 Stellen

vollständig refinanziert 18,5	1,0 IT Gesundheitsamt 1,0 Hochbau und Immobilienmanagement 2,5 Rettungsdienst* 1,0 Straßenverkehr 1,5 Schwerbehindertenangelegenheiten 0,5 Schuldnerberatung 0,5 UMA*** 6,5 Kinderschutz**** 0,5 Apothekenaufsicht 0,5 Arzt KJGD 0,5 Zahnarzt 0,5 Verwaltung Trinkwasser 1,0 Gesundheitsberichterstattung 1,0 Wasserwirtschaft und Gewässer
teilweise refinanziert 11,0	1,0 Finanzbuchhaltung 2,0 Leitstelle 5,0 Kommunales Integrationsmanagement 0,5 Kreishauskita*** 0,5 IT-Fachbetreuung Jobcenter 2,0 Widerspruchsstelle Jobcenter
Entfallende Kostenerstattung an Dritte 1,0	1,0 ÖPNV
Neue Aufgabe durch Gesetzgeber 3,0	1,0 Vormundschaften*** 2,0 Betreuungsstelle
nicht refinanziert 11,0	1,0 Amt für Informationstechnik und Statistik 1,0 Finanzwirtschaft 0,5 Wohnraumförderung 1,0 Organisation 0,5 Kreispolizeibehörde 2,5 Ausländerbehörde 1,0 Gefahrenabwehr 0,5 Straßenverkehr 0,5 Schulaufsicht 0,5 Schulverwaltung 1,0 Kulturelle Angelegenheiten** 0,5 Tageseinrichtungen für Kinder*** 0,5 Klimafolgenmanagement

Gesamteinsparungen: 3,5

Kostenerstattung an Dritte Wegfall Kostenerstattung durch Dritte 2,0	1,0 Pflege 1,0 Beratungsstelle
nicht refinanziert 1,5	0,5 Pflege 1,0 Amt für Bildung, Kultur und Sport**

*davon 1,5 durch Rechtsprechung

**Die im ehemaligen Amt für Bildung, Kultur und Sport eingesparte Stelle der Amtsleitung wird genutzt, um eine neue Organisationsstruktur im Amt für Jugend und Bildung aufzubauen

*** Stellen für Aufgaben im ehemaligen Amt für Kinder, Jugendliche und Familien; jetzt im Amt für Jugend und Bildung

**** Stellen für Aufgaben im ehemaligen Amt für Kinder, Jugendliche und Familien; jetzt im Amt für Jugend und Bildung; bedingt durch neue Aufgaben durch den Gesetzgeber

IV. Die Verwaltung wurde darüber hinaus gebeten darzustellen, welche Projektstellen u.Ä.m. neben dem Stellenplan geführt werden. Den beigefügten Tabellen sind diese Stellen (Stand: 01.01.2023) zu entnehmen. Die Stellen sind zum Teil zumindest teilweise refinanziert. Diese Stellen sind durch ein * kenntlich gemacht.

1.

Unbefristet Beschäftigte in Projekten (zumindest teilw. refinanziert)		
Produkt	Aufgabenbereich	VZÄ
010410	IT – DigitalPakt Schule	1,00*
020120	Zensus	2,00*
020250	Kommunales Integrationsmanagement, Ausländerbehörde	0,75*
020240	Kommunales Integrationsmanagement, Einbürgerung	1,50*
030215	Kommunale Koordinierungsstelle	2,00*
030250	Kommunales Integrationsmanagement, Case Management	3,87*
030250	KOMM-AN	1,00*
050210	Bildung und Teilhabe, Ausbau Lernförderung	1,00*
050210	Projekt- und Planungsteam, Jugendberufsagentur	1,00*
050210	Regionalprojekt Beckum	2,00*
050210	Projekt Chance	2,35*
070130	Einrichtungsbezogene Impfpflicht /Masernschutzimpfung	0,37*
Gesamt:		18,84 (alle*)

2.

Unbefristet Beschäftigte ohne Planstelle		
Produkt	Aufgabenbereich	VZÄ
010110	Personal	1,50
010310	Poststelle	1,00
010410	Onlinezugangsgesetz	1,00
010620	Vollstreckung	0,77*
010710	Immobilienmanagement	0,60
010810	Kreispolizeibehörde	0,77
020410	Verkehrssicherung	0,64
020430	Führerscheinstelle	0,77
050210	Bildung und Teilhabe	0,26*
050210	Heranziehung	0,34*
050210	Springer Jobcenter passive und aktivierende Leistungen	7,00*
050210	Jobcoach	0,75*
050210	Archivierung	2,00*
050210	Verstärkungsstellen	2,51*

050210	Kompetenzteam Migration	0,90*
060130	Elterngeld	0,50*
100110	Baugenehmigungsverfahren	0,38
120120, 140310	Glasfaser, Klimaschutz	0,50
Gesamt:		22,19 (davon 15,03*)

Zum Stichtag 30.06.2022 hatte die Kreisverwaltung 43,74 VZÄ vakant. Die Zahl der Vakanzen nimmt aufgrund des Fachkräftemangels stetig zu. 41,03 unbefristete VZÄ sind entweder in Projekten beschäftigt oder haben keine Planstelle (1.+2.). Die Kreisverwaltung hat daher im Schnitt nicht mehr Stellen in Projekten oder ohne Planstelle als freie Stellen im Stellenplan.

3.

Beschäftigte im Zeitvertrag		
Produkt	Aufgabenbereich	VZÄ
010110	§16 i-Kräfte für das Jobcenter und die Ausländerbehörde	7,77*
010310	Poststelle	1,00
010310	Telefonzentrale	0,63*
010320	Archiv	1,00
010410	IT – DigitalPakt Schule	1,00*
010910	Vorzimmer Dez. IV	1,00
020120	Zensus	1,77*
020250	Ausländerbehörde	2,64
020320	Rettungsdienst	2,00*
020410	Radarüberwachung	1,00*
020430	Führerscheinstelle	0,50
030250	Kommunales Integrationsmanagement	3,50*
030250	Kommunales Integrationszentrum	2,00*
030250	KOMM-AN	0,50*
050210	Promotion	0,70*
050210	Springer Jobcenter passive und aktivierende Leistungen	2,00*
050210	Unterstützung Scanleistungen Ukraine	3,64*
050220	„Ich wohne und arbeite in...“	2,00*
050220	Jobcoach	1,00*
050490	Förderprogramm „Bekämpfung von Wohnungslosigkeit“	1,00*
060110	Jugendpflege	1,00
060110	Koordination Schulsozialarbeit	0,50
060210, 060220, 060230, 060410	Verstärkungsstelle ASD	1,00
060210, 060220, 060230, 060410	Springer Amt 51	1,15
060410	UMA	0,77*
060510	Kita	0,31*
070130	Masernschutz, Belehrungen	0,77
070130	Unterstützungskräfte Pandemie	5,77*
120120	Mobilfunkkoordinator	1,00*
130110	Artenschutz	1,00
130110	Windenergie	1,00*
130110	Landschaftsschutz	1,00
Gesamt:		51,92 (davon 39,36*)

4.

Geringfügig Beschäftigte / Beschäftigte im Übergangsbereich (Mini- / Midijob)		
Produkt	Aufgabenbereich	VZÄ
010320	Archiv	0,33
010620	Vollstreckung	0,26*
010810	Kreispolizeibehörde, Waffenwesen	0,30
020250	Ausländerbehörde	1,15
020320	Rettungsdienst, Kurierfahrten	0,15*
020410	Radarüberwachung	2,09*
030230	Medienberatung	0,08
040120	Museum Abtei Liesborn	0,16
050210	Heranziehung	0,20*
070110	Sozialpsychiatrischer Dienst	0,22
070130	Infektionsschutz	0,15
090210	Vermessung – Beschäftigung während Studium	0,76
Gesamt:		5,85 (davon 2,7*)

1. _____
Amtsleitung

2. _____
Dezernent

3. _____
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen
Auswirkungen)

4. _____
Landrat